

Vor der Bundestagswahl - die Performance der Parteien beim Klimaschutz

Klimakrise, Maßnahmen gegen den Klimawandel und die allfällige Reduzierung der Treibhausgasen sind im Gegensatz zu 2021 in diesem Bundestagswahlkampf nicht unter den Hauptthemen, trotz der verheerenden Überschwemmungen im letzten Jahr, die mehrere europäische Regionen hart getroffen haben, auch Süddeutschland. Anders als beim Wahlomat geht es bei dieser Bewertung nicht nur um die Programmatik der Parteien, sondern auch um die Erfahrungen und Erkenntnisse der letzten Jahre hinsichtlich des politischen Agierens, vor allem in Regierungsverantwortung. Denn nur so lassen sich die wohlklingenden, aber oft schwammigen Formulierungen deuten und erste Prognosen für den Fall einer Regierungsbeteiligung von Partei X oder Y treffen. Programm und Politik der sieben größten Parteien, von Union, SPD, FDP, Grüne, AfD, Linke und BSW werden nach Stärken („Plus“) und Schwächen („Minus“) beim Klimaschutz mit abschließendem Fazit überprüft. Dann folgt eine Bewertung nach Punkten auf einer Scala von 0 („sehr schlecht“) bis 4 („sehr gut“) entsprechend der erwartbaren Performance beim Thema Klimaschutz und Treibhausgas-Reduzierung.

1. Union (CDU/CSU)

Plus

Ausstieg aus der Atomkraft unter Merkel
anerkennt den menschengemachten Klimawandel
steht zu den Klimaschutzzielen

Minus

Neuerliche Bekenntnisse zur Atomkraft. Söder möchte Atomstrom aus Tschechien beziehen.
Gedankenspiele um Wiederanstieg in die teure, riskante Sackgassentechnik Atomkraft trotz weiterhin ungelöster Endlagerfrage.
Die Partei hat den jahrelangen Verfall bei Infrastruktur (Bahnnetz, Brücken) mitzuverantworten, ebenso die Bevorzugung der Straße gegenüber der Schiene, da die letzten Verkehrsminister alle aus der CSU kamen.
In der Bundesregierung hat die Union den Ausbau der erneuerbaren Energien gebremst.
Markanter Fortschritt beim Klimaschutz ist also von der Union nicht zu erwarten, vor allem nicht in den kritischen Sektoren Verkehr und Gebäudewärme. Da hat die Union, namentlich Jens Spahn, angekündigt, das „Heizungsgesetz“ mit dem schrittweisen Übergang von fossilen Energie auf erneuerbare zu kippen. Zudem würde die Union gern das europaweite Ende 2035 bei der Zulassung neuer Verbrenner-Autos verschieben.

Anmerkungen

Zur Atomkraft wäre zu ergänzen, dass Atomstrom aus neu erbauten AKWs mit Abstand die teuerste Art der Stromerzeugung darstellt und der Weiterbetrieb alter AKWs die Störfallrisiken erhöht. Der CO₂-Ausstoß pro Kilowattstunde von Atomstrom liegt zwar niedriger als bei Kohlekraft und Gaskraft, liegt aber in der gleichen Größenordnung wie die EE. Zudem produzieren AKWs nur Strom, keine Wärme, anders als beispielsweise mit Erdgas befeuerte Heizkraftwerke. Die Wärmeerzeugung ist aber für einen beträchtlichen Teil der deutschen Treibhausgase verantwortlich, da sind ebenfalls Lösungen gefragt. Weiterer Einwand: Großkraftwerke wie AKWs passen immer weniger in eine

dezentralisierte, flexibel reagierende Struktur der Stromerzeugung. Anders als Gaskraftwerke können AKWs auch nicht schnell aktiviert und aus der Reserve geholt werden.

Fazit

Die Versäumnisse vergangener Regierungen der Ära Merkel fallen uns beim Klimaschutz jetzt auf die Füße, aber auch die aktuelle Programmatik der Partei lässt keine tragfähigen Lösungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen erkennen.

Punktewertung: 1

2. Alternative für Deutschland AfD

Plus

-

Minus

Die rechte Partei erkennt trotz erdrückender Faktenlage aus der Klimaforschung den menschengemachten Klimawandel nicht an.

Sie will Windkraftanlagen als „Windmühlen der Schande“ niederreißen. Weitere Minuspunkte:

- kein Ausstieg aus Kernkraft und Kohle
- Ablehnung des „Green Deal“ der EU
- Ausstieg aus dem Pariser UN-Klimaabkommen

Anmerkungen

Wie Trump will die Partei raus aus dem UN-Klimaabkommen, das in Paris 2015 beschlossen wurde. Aufgrund ihres Leugnens von Klimawandel und Klimakrise sieht sich die Partei nicht bemüßigt, Maßnahmen zur Reduzierung der THG-Emissionen vorzulegen. Hauptthema sind der AfD ist die Migration, das soll die Schlagzeilen dominieren, was auch vor der Europawahl prima geklappt hat. Bei Anerkennung der Klimakrise käme das Lieblingsthema der AfD Konkurrenz, daran kann ihr nicht gelegen sein.

Mit Kohlekraft sind die deutschen Klimaschutzziele nicht zu schaffen, mit der AfD in einer Regierungskoalition wohl auch nicht. Platte Bekenntnisse zur Technologieoffenheit und zum technischen Fortschritt sind Populismus ohne inhaltliche Substanz. Die Partei ist wissenschaftsfeindlich und wird auch der Wirtschaft kein nachhaltiges Wachstum bringen.

Fazit

inakzeptabel

Punktewertung: 0

3. Die Linke

Plus

Die verbindlichen Sektorziele (Verkehr, Gebäude etc.) gemäß der ursprünglichen Fassung des Klimaschutzgesetzes sollen wieder eingeführt werden. Weiter Pluspunkte:

- Kohleausstieg bis 2030, dann Beginn des Erdgasausstiegs
- Senkung des Energiebrauchs und Steigerung der Energieeffizienz als Ziel
- Verstaatlichung der Energienetze
- Klimageld im Ausgleich zur CO₂-Bepreisung

- Stärkere und sozial ausgewogene staatliche Förderung der Heizungsumstellung (bis zu 100%)
- Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen, 30 km/h innerorts
- Abschaffung des Dienstwagenprivilegs
- Statt Pendlerpauschale Mobilitätsgeld für verschiedene Verkehrsmittel
- Ausbau von Bahn und ÖPNV,
- Neun-Euro-Ticket mit Endziel Nulltarif
- Verbot von Inlandsflügen und Privatjets,
- Stilllegung von Regionalflughäfen
- Einführung einer Vielfliegersteuer
- Bundesweit flächendeckendes Radnetz
- Vervielfachung der Mittel für das Schienennetz
- Verbrenner-Ausstieg bis 2030
- Beschränkung des LKW-Verkehrs auf Landstraßen

Minus

Die Kritik am Heizungsgesetz der Ampelregierung als sozial unausgewogen ist nicht nachvollziehbar.

Anmerkungen

Viele Forderungen der Partei, die Stilllegung von Regionalflughäfen das Verbot von Inlandsflügen dienen dem Klimaschutz und der CO₂-Redeuzierung. Die Linke schießt manchmal über das Ziel hinaus, wie beim 9-Euro-Ticket mit Endziel Nulltarif. Dienstleistungen, die nicht kosten, werden nicht wertgeschätzt und eher billige oder gar kostenlose Tickets würde diverse Verkehrsunternehmen überlasten. Der ÖPNV gilt ohnehin als unterfinanziert. Zweiter Einwand: Natürlich müssen mehr Gütertransporte auf die Schiene, aber bevor der LKW-Verkehr eingeschränkt werden kann, muss der Schienengüterverkehr ertüchtigt werden.

Fazit

Die Linke gibt sich bei diesem Thema radikaler als die Grünen, scheint weniger Kompromisse eingehen zu wollen, aber wieviel kann sie davon umsetzen? Kommt sie überhaupt in die Verlegenheit, sprich: in Regierungsverantwortung?

Punktewertung: 3

4. Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)

Plus

Als klimawirksamen Erfolg in der Ampelregierung könnte man die Einführung des Deutschlandtickets und das Wärmeplanungsgesetz aus dem Hause Geywitz bezeichnen, das den Rahmen für die Wärmeversorgung von Gebäuden in Deutschland darstellt. SPD- Programmpunkte:

- Klimaziele Deutschlands und der EU sollen weiterverfolgt werden
- damit Klimaschutz sozialverträglich wird, Einführung des Klimageldes parallel zur CO₂-Bepreisung
- soziale Abfederung bei den Energiekosten / bundesweite Preisaufsicht bei Fernwärme
- Tempolimit auf Autobahnen
- Dekarbonisierung der Industrie
- Erhalt des Deutschlandtickets
- Finanzielle Vorteile für E-Autos
- Erhalt des Deutschlandtickets
- Verbesserung der Ladeninfrastruktur für E-Fahrzeuge

- CO₂-Vermeidung vor CO₂-Abscheidung als Ziel
- Staatliche Förderung der Umstellung auf klimaneutrale Produktion
- dezentrale und gemeinschaftliche Stromproduktion stärken

Minus

-

Anmerkungen

Positiv am Wirken der SPD innerhalb der Ampelregierung ist, dass die Partei verschiedene umkämpfte grüne Projekte, etwa den Atomausstieg und das Heizungsgesetz mitgetragen hat. Die im Koalitionsvertrag verankerte Einführung des Klimageldes scheiterte an der FDP, obwohl SPD und Grüne bei diesem Thema in der Mehrheit waren. Hier und bei anderen Klimaschutzfragen fehlte der Nachdruck der SPD und die Steuerung des Bundeskanzlers. Es war nicht klug, den Klimaschutz den Grünen zu überlassen, denn so wirkt das Programm zur Bundestagswahl 2025 aufgesetzt.

Fazit

Die Partei will mit ihrem Programm nichts falsch machen, aber es wird auch nicht klar, wie die Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Die bekannte Lücke zwischen Ambition und Umsetzung, zwischen den Zielen und den Maßnahmen wird sichtbar und bleibt bestehen.

Punktewertung: 2

5. Bündnis 90 / Die Grünen

Plus

Die Partei hat einige Erfolge in ihrer Mitregierungszeit vorzuweisen:

- Ökostromausbau 59 % der Nettostromproduktion in 2024
- Gebäudeenergiegesetz mit dem schrittweisen Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen, hin zur Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien
- Wirtschaftshilfe für die Dekarbonisierung der Industrie
- Aufbau eines bundesweiten Netzes und einer Infrastruktur für Wasserstoff
- Sicherung der Strom- und Wärmeversorgung Deutschlands, trotz Wegfall des russischen Erdgases

Zur Programmatik:

- Partei hält an Klimaschutzzielen Deutschlands und der EU fest
- Deutschland soll Bahnland werden, Güterverkehr soll von der Straße auf die Schiene
- Steuerermäßigung für E-Autos (nur bei kleinen und mittleren Einkommen)
- Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung von Brenn- und Treibstoffen sollen größtenteils als Klimageld an die Bürger zurück („sozial gerechter Klimaschutz“)

Minus

Habeck hat die Verwässerung des Klimaschutzgesetzes mitgetragen (Aufgabe der Sektorziele)
Özdemir gab kaum Wachstumsimpulse für den Ökolandbau

Anmerkungen

Die Partei konnte in Regierungsverantwortung mit einer beim Klimaschutz oft destruktiven FDP und einer passiven SPD einige Erfolge erzielen. Vor allem beim Ausbau der erneuerbaren Energien, bei der klimafreundlichen Wärmeversorgung von Gebäuden und beim Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur wurden tragfähige Rahmenbedingungen geschaffen. Der Ökostromanteil lag schon 2023 bei 56 % der Nettostromerzeugung und stieg 2024 auf 59 % an. In den letzten beiden Jahren waren die Stromexporte erstmals kleiner als die Importe, aber mit 7,4 % der

Gesamterzeugung spielte dieser Negativsaldo kaum einer Rolle. Entgegen vielen Gerüchten stammt der Stromimport aus vielen, auch erneuerbaren Quellen, nicht nur aus AKWs. Die Abschaltung der drei letzten AKWs zählt zwar nicht auf das Klimaschutzkonto ein, ist aber Voraussetzung für ein intelligente Stromversorgung mit kleinen, flexiblen Kraftwerken, Stromspeichern, intelligente Stromnetze (smart metering, demand-side-management). Es gelang Habeck, den Wegfall des russischen Erdgases innerhalb eines Jahres durch Flüssiggasimporte (LNG) und fünf LNG-Terminals zu kompensieren: eine respektable Leistung, allerdings um den Preis der Einfuhr vom klimaschädlichen und „schmutzigem“ Flüssiggas (auch dies dem Klimaschutz nicht dienlich).

Fazit

An mancher Stelle wäre wohl mehr möglich gewesen in dieser Regierungskonstellation, etwa beim Klimaschutzgesetz, das ja noch mit breiter Mehrheit unter der Vorgängerregierung beschlossen worden war.

Zuletzt vermied die Partei, Fleisch- oder Konsumverzicht vorzuschlagen oder Verbote einzufordern, nachdem beides nicht gut ankam bei Presse und Öffentlichkeit. Allerdings sind die Klimaschutzziele auf rein freiwilliger Basis nicht erreichbar. Habeck hat nach der schlechten Presse auf sein Heizungsgesetz resümiert, die Leute seien offensichtlich noch nicht so weit, noch nicht wirklich bereit für den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien. Das mag für die Mehrheit der Bevölkerung durchaus zutreffen, die tut sich sichtlich schwer mit dem Abschied von Gasheizung und Verbrennerautos. Aber die Schlussfolgerung der Grünen, dann müsse man die Menschen eben dort abholen, wo sie stehen, führt faktisch zur Aufgabe des 1,5 Grad-Ziels. Diese Kompromissbereitschaft bis hin zur Selbstaufgabe des Parteiprofils ist der Gefährlichkeit und dem Tempo des Klimawandel letztlich nicht adäquat.

Punktewertung: 3

6. Bündnis Sarah Wagenknecht BSW

Plus

- keine neuen AKWs
- Ausbau der erneuerbaren Energien (PV, Windkraft, Biomasse)
- Für den Ausbau des ÖPNV
- Förderung von E-Autos aus EU-Produktion und von sparsamen Verbrennern
- Erhalt des Deutschlandtickets

Minus

- Die Klimaneutralität 2045 soll nicht weiterverfolgt werden, wird als „Wunschdenken“ bezeichnet.
- BSW will das „Heizungsgesetz“ kippen
- Strom für Gewerbe und Industrie muss billiger werden
- Erdgasimporte sichern, auch durch die Nordstream-Pipeline, Erdgaskraftwerke bauen
- Abschaffung der CO₂-Bepreisung und des EU-weiten Emissionshandels, stattdessen weltweiter Emissionshandel

Anmerkungen

Die Einführung eines globalen Emissionshandels mit CO₂-Zertifikaten wäre sicher wünschenswert, wird aber bis auf weiteres Wunschdenken bleiben, da nur ein Teil der Nationalstaaten dazu bereit sein wird.

Fazit

Diese Partei setzt weiter auf den fossilen Energieträger Erdgas, will Importe langfristig absichern. Damit würde die Partei dem fossilen Energieträger ein langes Leben sichern, ebenso Gaskraftwerken und Gasheizungen. Auf dem Weg zur Klimaneutralität muss Deutschland nach der Kohle aber auch aus dem Erdgas raus. Erdgaskraftwerke dienen dann als Absicherung der Stromversorgung, langfristig soll Wasserstoff das Erdgas in den Kraftwerken ersetzen. BSW bietet keine Strategie zur Klimaneutralität an, weil die Partei bezweifelt, ob das Ziel für 2045 erreicht werden kann. Das könnte man als „Ambitionsdefizit“ bezeichnen. Die Abschaffung der CO₂-Bepreisung ist eine schlechte Idee. Schließlich muss Umweltverschmutzung seinen Preis haben. Mit diesem Programm sind allenfalls kleine Fortschritte beim Klimaschutz zu erreichen.

Punktewertung: 1

7. Freie demokratische Partei Deutschland (FDP)

Plus

- befürwortet den CO₂-Preis über den EU-Emissionshandel
- Einnahmen aus dem Emissionshandel als „Klimadividende“ zurück an die Bürger, also ein ähnliches Modell wie das „Klimageld“
- Stärkung des ÖPNV als Ziel

Minus

- Ziel der Klimaneutralität soll erst bis 2050 erreicht sein, statt wie bisher beschlossen bis 2045
- Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes (mit „Heizungsgesetz“)
- neue Gaskraftwerke und Erlaubnis von Fracking in Deutschland
- gegen Verbote (Verbrenner-Aus, Tempolimit) und Subventionen
- Fliegen soll attraktiver werden (Streichung der Luftverkehrssteuer)

Anmerkungen

Die FDP hat sich in der Ampelregierung in puncto Klimaschutz nicht verdient gemacht, fiel im Gegenteil diverse Male als Blockierer auf.

Fazit

Zugegebenermaßen war die Aufgabe von Verkehrsminister Wissing als Bahnsanierer nicht die allereinfachste, doch in seiner Ägide sackte die Pünktlichkeit weiter ab und die Störanfälligkeit des Systems Bahn nahm zu. Immerhin wurde das Deutschlandticket eingeführt: ein weiterer Klimaschutzerfolg der Ampel. Die im Zeichen des Klimaschutzes notwendige Verlagerung von der Straße auf die Schiene ist mit der FDP aber offensichtlich nicht zu machen. Mit der „Innovation“ der Flugtaxi setzte die Partei aufs falsche Pferd. Gleiches gilt für das Liebäugeln mit der Atomkraft oder dem Einstieg in das Fracking. Weder die Reaktivierung alter noch der Bau neuer AKWs wird ohne staatliche Subventionen auskommen, da macht die FDP den Bürgern etwas vor. Die ebenfalls präferierten E-Fuels werden kommen, aber diese Pkw können kostenmäßig mit den E-Autos sicher nicht mithalten, dafür wird der klimafreundliche Sprit zu teuer sein. Die Verschiebung der Klimaneutralität um 5 Jahre nach hinten ist kennzeichnend für den Klimaschutz a la FDP. Die Partei will allen Ernstes das Fliegen (noch) attraktiver machen, was natürlich ausgesprochen kontraproduktiv zum Klimaschutz ist. Sie gibt sich als fortschrittlich, unideologisch und technologieoffen, die verkrampfte Ablehnung von Tempolimit und Verbrenner-Aus spricht allerdings eine andere Sprache.

Punktewertung: 1

Schlussbemerkung:

Die Punktwertung umfasst fünf Stufen, von Null bis 4, wobei die beste Bewertung (4 Punkte) nicht vergeben wird. Sie würde bedeuten, dass die Politik und Programmatik der entsprechenden Partei mit dem 1,5 Grad Ziel von Paris kompatibel sind und mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Klimaneutralität 2045 führen würden.

Diese Analyse stützt sich auf Fakten und programmatische Aussagen, gibt aber natürlich auch die subjektive Sichtweise des Verfassers wieder. (rk)